

## "Wir werden jeder Regierung Druck machen"

IG-Metall-Chef Berthold Huber über die zentrale Aufgabe der künftigen Regierung, die neue Macht der Gewerkschaften und Glücksfälle in der Politik

### **Was muss die neue Bundesregierung nach der Wahl am 27. September zuerst tun, um die Krise zu bekämpfen?**

Ich bin nicht zuständig für das Hundert-Tage-Programm der neuen Regierung. Das wichtigste ist, dass wir unsere industriellen Kerne erhalten. Das wird die zentrale Aufgabe jeder Koalition, egal welcher Couleur. In Amerika gibt es eine große volkswirtschaftliche Debatte, wie der Rest der industriellen Basis dort gehalten werden kann. Denn allen ist klar: Eine Industrie, die einmal abgewandert ist, kommt nie wieder zurück. Und nur auf Dienstleistungen zu setzen, wie es die Angelsachsen Jahrzehnte lang getan haben, hat sich als Irrweg erwiesen. Deswegen müssen wir um den Erhalt der Industrie kämpfen.

### **Der Staat soll also Dino-Branchen wie die Autoindustrie bezuschussen und den Strukturwandel aufhalten?**

Ach was. Ich bin kein Autonarr. Aber selbstverständlich ist die Automobilindustrie eine Schlüsselindustrie. Sie ist ein Innovationstreiber: In keiner Branche gibt es mehr Patentanmeldungen. Jetzt müssen wir alles tun, um die Autoindustrie ökologisch umzubauen. Dazu gehört auch, alternative Verkehrskonzepte, zu denen der Nahverkehr und alternative Antriebe gehören, stark zu machen. So können wir den Strukturwandel gestalten und Jobverluste in der Autoindustrie ausgleichen.

### **Sie plädieren für eine aktive Industriepolitik?**

Ja, und zwar eine nachhaltige. Alle Parteien haben in der Vergangenheit die Industriepolitik sträflich vernachlässigt und geglaubt, der Markt wird schon alles richten. Heute wissen wir, dass das ein Irrweg war. Der Markt hat zum Beispiel die Bedeutung umweltfreundlicher Antriebe nicht erkannt. Wir müssen schon wissen, was wir wollen - und was wir können. Also: Welche Rolle kann Deutschland in der Weltwirtschaft spielen? Danach müssen wir unsere Industriepolitik ausrichten.

### **Welche Länder machen es schon heute besser?**

US-Präsident Barack Obama setzt radikal auf eine Modernisierung der Automobilindustrie. Und die Franzosen betreiben traditionell Industriepolitik, allerdings steckt dahinter manchmal zu viel politischer Voluntarismus. Es kann nicht nur um das Wünschenswerte gehen. Wir müssen gezielt unsere Kompetenzen stärken. Das heißt: Deutschland muss mehr Geld in Aus- und Weiterbildung stecken.

### **Was sollte die neue Bundesregierung noch tun?**

Ich kenne viele Unternehmer, die sagen: Herr Huber, unser Eigenkapital reicht vielleicht noch zwei, drei Monate. Dann sind wir ziemlich am Ende. Das sind etwa Maschinenbauer, die wir unbedingt brauchen. Die darf der Staat nicht einfach fallenlassen. Deswegen schlagen wir vor, einen öffentlichen Beteiligungsfonds aufzulegen, der mit 100 Milliarden Euro ausgestattet ist. Mit den Mitteln kann der staatliche Fonds sich direkt an den Firmen beteiligen und ihnen so Eigenkapital zuführen. Aber natürlich nicht für immer. Wenn die Krise überwunden ist, kann der Fonds die Anteile auch wieder verkaufen.

### **Und das Geld soll über eine Zwangsabgabe für Reiche eingesammelt werden?**

Wir nennen das Zukunftsanleihe, wir sind doch vornehme Leute. Die Frage lautet: Wer zahlt für den Erhalt der Wirtschaft? Die Arbeitnehmer durch Jobverlust? Oder diejenigen, die bisher vom Shareholder-Value-Kapitalismus profitiert haben? Wir meinen: Wer mehr als 750 000 Euro in Formen von Geld- oder Immobilienvermögen hat, sollte zwei Prozent davon in Form einer Anleihe an den Fonds abgeben müssen - und erhält das Geld später verzinst zurück.

### **Und wer soll den Schuldenberg abtragen, der durch die Krise verursacht wurde?**

Besser als das übliche Rezept, das Sozialabbau und weniger öffentliche Investitionen vorsieht, gefällt mir zum Beispiel ein Spitzensteuersatz von rund 50 Pro-

zent. Bis Ende der 1990er Jahre lag er ja sogar über 50 Prozent. Dass die rot-grüne Regierung den Spitzensteuersatz auf 42 Prozent gesenkt hat, war eine unnötige Anbiederung an die neoliberalen Eliten. Denkbar ist aber auch die Wiederauflage der Vermögenssteuer. Wichtig ist, dass die Lasten nicht einseitig bei Durchschnittsverdienern, Arbeitslosen oder Rentnern abgeladen werden.

### **Unter welcher Farbkombination rechnen Sie sich denn Chancen aus, dass Ihre neuen Forderungen umgesetzt werden?**

Ich kann Ihnen nur sagen, was ich wähle: die SPD.

### **Das war nicht die Frage.**

Ein rot-rot-grünes Bündnis ist heute offenbar nicht möglich. Das wird morgen oder übermorgen anders sein. In einer Demokratie müssen alle Variationen unter demokratischen Parteien möglich sein. Schwarz-Gelb wäre für Arbeitnehmer und unser Land jedenfalls die schlechteste Lösung.

### **Würde eine CDU-SPD-Koalition Ihre Vorschläge aufgreifen?**

Ich bin mit der großen Koalition durchaus zufrieden, was die bisherige Krisenintervention angeht. Die Frage ist, ob das auf Dauer so bleibt. Wir sind in den vergangenen Monaten bei der SPD auf offene Ohren gestoßen, und auch bei Teilen der Union, insbesondere bei der Kanzlerin. In Sachen Abwrackprämie kann ich nur meinen Respekt bekunden vor der Konfliktbereitschaft der Kanzlerin in ihrer eigenen Partei.

### **Beanspruchen Sie eigentlich die Vaterschaft für die Abwrackprämie und die Verlängerung der Kurzarbeit?**

Wir haben beide Ideen bereits im November 2008 in die politische Debatte eingebracht. Für die Abwrackprämie habe ich mich zusammen mit Betriebsräten stark gemacht, später haben auch Unternehmer und der Verband der Autoindustrie dafür plädiert. Wir haben die Prämie durchgesetzt gegen Leute, etwa in der CDU oder in Wirtschaftsforschungsinstituten, die einen ideologi-

schen Kampf dagegen geführt haben. Heute kann man sagen, Deutschland ist gut damit gefahren. Die wirtschaftsliberale Zeitschrift Economist schreibt über das "German Beschäftigungswunder", und die Abwrackprämie ist zum Exporterfolg geworden. Sie hat sich weltweit durchgesetzt. Und eines will ich hinzufügen: Bundesminister Scholz ist in dieser Krise ein kreativer Glücksfall.

**Wie lange können noch Jobs mit Kurzarbeit gesichert werden?**

Viele Betriebe können bis Ende nächsten Jahres Kurzarbeit nutzen. Wir fordern, dass die zwei Jahre Kurzarbeit wo irgend möglich auch ausgeschöpft werden. Vielleicht brauchen wir sogar eine Verlängerung darüber hinaus.

**Vor ein paar Jahren waren Gewerkschaften mega-out und galten als Ewiggestrige. Jetzt haben Sie wieder enormen politischen Einfluss, die CDU-Kanzlerin geht auf Schmusekurs und distanziert sich lieber von den Bossen. Genau umgekehrt hat es vor vier Jahren SPD-Kanzler Schröder getan. Sind Sie Krisengewinner?**

Die Politik hat erkannt, dass wir ü

ber die Realökonomie besser Bescheid wissen als viele andere. Das kommt nicht von ungefähr. Wir haben uns in den vergangenen Jahren verändert, wir sind sehr nah dran an den Betrieben und den Leuten mit ihren Problemen. Wir verkünden keine Wahrheiten, sondern fragen die Leute: Wie seht Ihr das? Wenn in einem Betrieb Tarifabweichungen zur Debatte stehen, organisieren wir Abstimmungen. Es gab in der Geschichte der IG Metall noch nie so viele Mitgliederversammlungen wie heute. Und dann kam der politische Klimawandel: Die Fetische Markt und Shareholder sind zerbrochen. Deshalb haben wir wieder die Chance, in der Debatte mit klugen Vorschlägen zu punkten.

**Wie wollen Sie verhindern, dass Sie bei einer schwarz-gelben Regierung wieder an den Rand bugsirt werden?**

Wir werden jede Regierung sehr offensiv und pragmatisch mit unseren Vor-

schlägen unter Druck setzen. Ja, wir wollen ihr richtig auf die Nerven gehen! Wir können nicht in die Ecke gestellt werden. Für unsere Forderungen haben wir eine große Zustimmung unter den Beschäftigten. Eine Legitimationsbasis ist auch unsere Umfrage, an der sich 480 000 Menschen beteiligt haben, und in der sich eine sehr große Mehrheit für sichere Jobs und mehr soziale Gerechtigkeit ausgesprochen hat. Deshalb ist auch klar: Sollte eine schwarz-gelbe Regierung versuchen, die FDP-Forderungen umzusetzen, den Kündigungsschutz aufzuweichen und die paritätische Mitbestimmung abzuschaffen, dann werden wir massiv mit Kundgebungen und Demonstrationen dagegen kämpfen.

**Sind Sie mit dem Pforzheimer Abkommen von 2004 nicht selbst vor den Neoliberalen eingeknickt? Der Vertrag erlaubt Lohnsenkungen, meist gibt es im Gegenzug eine Jobgarantie. Seither kommen die Löhne nicht mehr vom Fleck.**

Es gab lange vor Pforzheim betriebliche Abweichungen von Tarifstandards. Mit Pforzheim haben wir den Prozess transparent gemacht, wir beziehen seither die Belegschaft mit ein. Es funktioniert nicht mehr, dass das Management den Leuten Lohnkürzungen diktiert. Was die Lohnentwicklung angeht: Das Problem ist nicht Pforzheim, sondern der wuchernde Niedriglohnsektor außerhalb der Metall- und Elektroindustrie. Im Kfz-Handwerk mit seinen 400 000 Beschäftigten sind die Arbeitgeber in vielen Regionen nicht mehr bereit, Tarifverträge mit uns abzuschließen. Deshalb muss der Staat hier regulierend eingreifen.

**Jetzt verlangen Sie bei Opel, dass die Beschäftigten am Unternehmen beteiligt werden. Heißt das neue Motto: Lohnverzicht gegen Kapitalbeteiligung statt Lohnverzicht gegen Jobgarantie?**

Nein. Wir brauchen verschiedene Instrumente. Bei Opel stehen wir vor einer schwierigen Situation, wir werden Beschäftigung verlieren. Wir werden Ein-

sparungen von fünf bis sechs Milliarden brauchen, die Belegschaft wird Lasten tragen. Und dafür muss es eine Gegenleistung geben. Das Thema Mitarbeiterbeteiligung steht wieder aus ganz anderen Gründen auch bei Schaeffler und Daimler auf der Tagesordnung. Aber auch, wenn sie mit Mittelständlern reden, die sich als Eigentümer aus dem Betrieb zurückziehen wollen. Da wird über Stiftungen gesprochen, an denen sich die Arbeitnehmer beteiligen können. Das ist ein eleganter Weg, die Eigenkapitalbasis der kleinen und mittleren Firmen zu verbreitern. Oder stinkt das Geld der Arbeitnehmer und das der Banken nicht? Unser Handeln löst interessante Debatten aus. Und ich möchte, dass die IG Metall interessant und durchsetzungsfähig ist.

Interview: Robert von Heusinger,

Eva Roth

**ZUR PERSON**

**Berthold Huber** (59) ist seit zwei Jahren Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall.

**Die Gewerkschaften** haben in jüngster Zeit deutlich an Ansehen gewonnen.

35 Prozent der Bürger haben Vertrauen in die Organisationen, ergab eine Alvensbach-Umfrage von Mai 2009. Damit liegen Gewerkschaften knapp vor dem Bundestag. Vor der Bundestagswahl 2005 vertrauten nur 19 Prozent der Befragten den Gewerkschaften.

**Die IG Metall** sei heute näher dran an den Leuten und ihren Problemen, meint Huber. Sie könne nicht mehr ins Abseits gestellt werden, weil ihre Forderungen unter den Beschäftigten auf große Zustimmung stoßen würden. jma

Abbildung: Berthold Huber: "Wir wissen über die Realökonomie Bescheid."

Alex Kraus